

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Riesa,
Gernert Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580,
Strolasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 131.

Dienstag, 7. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weichselstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Reichstagsneuwahlen am 31. Juli.

Präsident Schäffer zum Reichsarbeitsminister ernannt.

(Berlin, 6. Juni. Der Herr Reichspräsident hat durch Verordnung vom heutigen Tage den Termin für die Neuwahlen des Reichstages auf Sonntag, den 31. Juli, festgesetzt.

Präsident Schäffer Reichsarbeitsminister.

(Berlin, 6. Juni. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Präsidenten des Reichsverversicherungsamtes, Schäffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Der zum Reichsarbeitsminister ernannte Präsident des Reichsverversicherungsamtes und des Reichsverversicherungsgerichtes, Hugo Schäffer, der dieser Tage 57 Jahre alt wird, ist bisher politisch noch nicht hervorgetreten. Er gilt als hervorragender Sachkenner aller im Reichsarbeitsministerium zu bearbeitenden Materien. Der neue Minister hat seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaft in führenden Stellungen der rheinischen Industrie wie auch im höheren Verwaltungsdienst erworben. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen und Berlin trat er zunächst in die Dienste der Firma Krupp, kam dann in den höheren Verwaltungsdienst in Württemberg, war 1909 bis 1916 Regierungs- und Ministerialrat im württembergischen Ministerium des Innern, ab 1916 stellvertretender württembergischer Bundesratsbevollmächtigter und dann Ministerialdirektor und stellvertretender württembergischer Bevollmächtigter zum Reichstag. Im Jahre 1922 und 1923 während des Ruhrkampfes leitete er die Finanzen der Firma Krupp. Im März 1924 wurde er dann in das Amt des Präsidenten des Reichsverversicherungsamtes und des Reichsverversicherungsgerichtes berufen.

Noch Notverordnungen mit neuen Steuern?

(Berlin, 6. Juni. Das Reichskabinett, das heute Dienstag nach der Rückkehr des Außenministers Dr. v. Neurath aus London und des Innenministers Freiherrn v. Weyl aus Ostpreußen seine nächste Sitzung abhält, wird sich zunächst mit der Regelung von zwei wichtigen Fragen durch Notverordnung zu beschäftigen haben. Die eine ist die Aufhebung des M.-Verbotes, die verbunden sein soll mit der Aufhebung einer Reichskontrolle über die SA und ähnliche Verbände. Beim Neuaufbau der SA rechnet man dabei mit einer gegen früher veränderten Organisation, die weniger zu Bedenken Anlaß gibt.

Das zweite wichtige Problem ist der Ausgleich der Reichsfinanzen. Auch der Etat für 1932 dürfte durch Notverordnung erlassen werden. Sein Ausgleich wird nach den Ankündigungen in der Regierungserklärung zunächst durch Ersparnisse auf sozialpolitischem Gebiet gesucht werden. Da aber diese Ersparnisse kaum ausreichen dürften, um das Defizit zu beseitigen, so rechnet man in politischen Kreisen damit, daß neue Notverordnungssteuern etwa in der Form der Beschäftigtensteuer, wie sie das Kabinett Brüning beschlagnahmt hatte, nicht zu umgehen sein werden.

In der Regierungserklärung war auch bereits angedeutet worden, daß die neue Regierung unter Umständen Teile der vom Kabinett Brüning vorbereiteten Notverordnungen übernehmen würde. Daneben taucht auch wieder der Plan auf, die Schwierigkeiten des Reiches wenigstens vorübergehend durch Kreditaufnahme zu beheben. Wenigstens behauptet die DVP, daß solche Anregungen, die das Blatt selbst als „bedenklich“ bezeichnet, vorliegen und bei den beteiligten Stellen geprüft würden.

Das Ergebnis der Mecklenburger Wahlen.

Keine absolute Mehrheit der NSDAP?

(Berlin, 6. Juni. Wie der Bundeswahlleiter soeben bekannt gibt, ist durch einen Hörfehler bei der telefonischen Übermittlung die kommunistische Stimmenzahl mit 26 982 zu niedrig angegeben. Nach Berichtigung dieses Fehlers stellt sich die Stimmenzahl der Kommunisten auf 27 008. Das bedeutet, daß die Kommunisten ihre Mandatszahl von 4 auf 5 erweitern.

Es stehen 30 nationalsozialistische Abgeordnete 30 Abgeordneten sämtlicher übrigen Parteien gegenüber. Wahrscheinlich ist noch immer, daß bei der Schlußrechnung nochmals eine kleine Verschiebung eintritt. Man wird also das endgültige amtliche Schlusergebnis, das Ende dieser Woche bekanntgegeben wird, abwarten müssen.

Graf Westarp kandidiert nicht für den Reichstag.

Berlin. (Funkpruch.) Graf Westarp teilt uns mit, daß er nicht beabsichtigt, bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu kandidieren. Infolge dessen habe er sich an vorbereitenden Verhandlungen, insbesondere an der gezielten Entschließung der Volkspartei-Bereinigungen nicht beteiligt.

Stellungnahme der Mitglieder des Kabinetts Brüning.

Berlin, 7. Juni.

Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichten in der „Germania“ eine Erklärung, in der sie sich mit den in der Antrittserklärung der neuen Regierung gegen sie erhobenen Vorwürfen auseinandersetzen. Sie erklären u. a.:

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige (schwebende) Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte. Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte die Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Hand und Landwirtschaft unter Aufwendung von Hunderten von Millionen RM durchgeführt werden. In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als sechs Milliarden RM gedrosselt. Das sind nicht „schwache Anläufe“. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitestgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen fühlbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen im großen Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Wahrung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Nein deutsches Direktorium in Memel.

Memel. Die Verhandlungen über die Direktoriums-Bildung wurden am Montag vormittag zu Ende geführt. Das Ergebnis ist die Bildung eines rein deutschen Direktoriums. Der Führer der Volkspartei und Bundesführer der Memeler Handelskammer, Dr. Schreiber, wurde zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. In Landesdirektoren wurden der Landwirtschaftsminister Szigau und der Hauptlehrer Waigahn (Volksparteiler) ernannt.

Frühere Einberufung des preußischen Landtages gewünscht.

Berlin, 7. Juni.

Wie wir erfahren, hat Reichskanzler von Papen am Montagabend eine Aktion eingeleitet, die den Versuch darstellt, in Preußen sobald wie möglich zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu gelangen.

Der Kanzler empfing zunächst den Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Hugenberg, um ihm seine Ansicht über die Notwendigkeit einer schnellen Regierungsbildung in Preußen darzulegen, einer Notwendigkeit, die sich allein schon aus der Finanzlage von selbst ergibt. Es sind weitere Besprechungen mit den Nationalsozialisten und dem Zentrum geplant. Die maßgebenden Vertreter beider Parteien waren am Abend nicht mehr zu erreichen. Es ist deshalb anzunehmen, daß die nationalsozialistische Führung in Preußen und der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Steeger, vom Kanzler heute oder morgen empfangen werden. Mit diesen Besprechungen stehen wohl auch die aufgelauchten Gerüchte über die Möglichkeit einer früheren Einberufung des Landtages im Zusammenhang. Ob die Aktion zu einem Erfolg führt, steht natürlich noch dahin, da es in erster Linie auf die Parteien ankommt, mit denen noch gesprochen werden muß. Dem Reichskanzler wäre eine parlamentarische Lösung der preußischen Krise offenbar schon deshalb erwünscht, da eine Reihe von Gründen — natürlich wohl auch der Widerspruch aus Süddeutschland — es als wünschenswert erscheinen lassen, die Einsetzung eines Reichskommissars wenn irgendmöglich zu vermeiden.

Berlin. (Funkpruch.) In einem Schreiben des Reichskanzlers von Papen an den Präsidenten des preußischen Landtages wird die Bitte, den preußischen Landtag früher einzuberufen, damit begründet, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verschiedene wichtige Angelegenheiten,

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Etatsjahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiteren Volksteilen Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen.

Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volk in aller Deutlichkeit vorgestellt. Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt. Das Kabinett Brüning hat gegen die zersetzenden Strömungen im Lande alle Kraft aufgewendet. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte geistige Ueberwindung dessen, was an zersetzenden Kräften innerhalb des deutschen Volkstörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen, als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der Einzelnen erfolgen. Wir haben im Sinn der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidbare Opfer in möglicher Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfälschung bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien in kleinen Gruppen fordert.

vor allem Finanzfragen zu verhandeln seien, und daß der Reichskanzler es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preußischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsrechtlichen Grundfragen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können. Landtagspräsident Herrl hat, wie verlautet, unmittelbar nach Empfang des Schreibens sich mit den maßgebenden Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt. Mit der Entscheidung des Präsidenten dürfte im Laufe des Nachmittags zu rechnen sein. Mit Rücksicht auf den Reichstagswahlkampf nimmt man an, daß auch die 2. Junitagung des preußischen Parlamentes nur von kurzer Dauer sein wird.

Bericht des Genfer Landrüstungsausschusses.

Keine Einigung über die Angriffswaffen.

(Genf, 6. Juni. Der Landrüstungsausschuss der Abrüstungskonferenz hat gestern seine fünfmonatige Beratung mit der Annahme eines Berichtes abgeschlossen, der dem Hauptaus-schuss der Konferenz zugehen wird. Wie in den Verhandlungen gezeigt wird, zeigt auch dieser Bericht, daß auf keinem der behandelten Gebiete auch nur einigermaßen eine Uebereinstimmung unter den verschiedenen Delegationen zu erzielen war. Man hat zwar in allgemein gehaltenen Wendungen angegeben, daß die schwersten Geschütze und Tanks unter die vom Hauptauschuss der Konferenz angegebenen Kriterien fallen, sich aber angänglich gehütet, innerhalb der einzelnen Waffenkategorien Stärke und Kaliber genau anzugeben, die von der qualitativen Abrüstung erreicht werden müßten. Die deutsche Delegation hat an den Arbeiten des Ausschusses teilgenommen und dabei nachdrücklich in allen Phasen der Verhandlungen den Standpunkt geltend gemacht, daß der Versailles Vertrag auch für die Behandlung dieser Fragen das praktische Vorbild abgeben muß. Dabei hat sie besonders in der Frage der Kampfswaffen wiederholte Unterstützung bei den anderen Delegationen gefunden. Bei den Geschützen hatte sich die Mehrheit des Ausschusses für größere Kaliber, als sie im Versailles Vertrag enthalten sind, entschieden. Besonders bemerkenswert ist, daß die französische Delegation sich auf den bei der modernen Technik ganz unhaltbaren Standpunkt gestellt hat, daß Bestellungen überhaupt keinen Angriffskarakter hätten.

Flugzeugabsturz — Bier Tote

Paris, 7. Juni. In Voignon stürzte ein mit vier Personen besetztes Flugzeug bei der Landung auf dem Flugplatz aus geringer Höhe ab. Sämtliche vier Insassen kamen ums Leben. Es handelte sich um ein Flugzeug, das zwei Kommissare und ein Journalist benutzt hatten, die den Frankreich-rundflug der französischen Touristenflugzeuge verfolgten.